

**Christoph Degen**

Vorsitzender  
des Arbeitskreis Bildung,  
Main-Kinzig-Kreis

**Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Leserinnen und Leser,**

die Corona-Pandemie verlangt allen Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrkräften noch immer sehr viel ab: über lange Zeit weniger soziale Kontakte, weniger Sport- und Freizeitaktivitäten, weniger Unterstützung bei schulischen Problemen, aber auch psychische und familiäre Belastungen. Die Pandemie hat Spuren hinterlassen.

In dieser Ausgabe unseres Newsletters beschäftigen wir uns mit diesen Spuren und wie die hessischen Schülerinnen und Schüler wieder auf die Spur gebracht werden können. Für uns steht fest, dass die Aufholpakete von Bund und Land zeitnah, passgenau und verbindlich umgesetzt werden müssen. Und: Es darf nicht nur um eine Kompensation von Lerndefiziten gehen.

Dies habe ich auch in meiner **Erwidern** auf die **Regierungserklärung** von Kultusminister Lorz diese Woche deutlich gemacht. Unser Ziel lautet: jetzt schnell vom Reden ins Handeln kommen.

Dank Stufenplan, den wir lange gefordert haben und gegen den sich die Landesregierung lange gesträubt hat, kehrte mit verbindlichen Inzidenzwerten langsam endlich mehr Ruhe ein.

Dennoch: Schwarzgrün trägt die Verantwortung dafür, dass für 243.000 Jugendliche die Schulen fast ein halbes Jahr geschlossen waren, wodurch nicht in der Quantität und Qualität gelernt und gearbeitet werden konnte. Das liegt auch daran, dass Schwarzgrün die Digitalisierung der Schulen vernachlässigt hat, was sich nicht in einem Jahr aufholen lässt. Das merken die Schulen aktuell auch wieder bei der Frage der weiteren Nutzung ihrer Videokonferenzsysteme. Wir meinen, dass angesichts einer noch immer pandemischen Lage das Recht auf Bildung vorübergehend noch Kompromisse beim Datenschutz erforderlich macht.

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Degen

Besuchen Sie die Abgeordneten  
auf ihren Websites!  
Klicken Sie auf das Bild.

**Karin Hartmann**

Mitglied  
des Arbeitskreises;  
Vorsitzende des KPA,  
Kreis Bergstraße

**Turgut Yüksel**

Mitglied  
des Arbeitskreises,  
Frankfurt

**Kerstin Geis**

Mitglied  
des Arbeitskreises,  
Kreis Groß-Gerau

**Manuela Strube**

Mitglied  
des Arbeitskreises,  
Kreis Kassel

## AUFHOLEN nach CORONA

Der Bund hat – obwohl gar nicht zuständig – Anfang Mai mit seinem 2 Mrd. Aufholpaket gleich Maßstäbe gesetzt. Mit dem Aktionsprogramm sollen pandemiebedingte Lernrückstände ausgeglichen und die und psychischen Folgen für Kinder und Jugendliche abgemildert werden. Die Mittel können zur Förderung, Begleitung im Alltag und in der Schule sowie für Freizeit-, Ferien- und Sportaktivitäten, die solange nicht möglich waren, verwendet werden.

Lernen, Teilhabe und Freu(n)de sind in der Pandemie zu kurz gekommen. Vielen ging und geht es nicht gut, weil die Lernbedingungen nicht stimmten, weil Unterstützung und vor allem soziale Kontakte fehlten. Es gibt viel aufzuholen und zu kompensieren. Bund und Land haben finanzielle Hilfen zugesagt und müssen zusammenarbeiten, damit nicht Parallelstrukturen aufgebaut werden. Es geht nur Hand in Hand und in enger Abstimmung mit den Schulträgern und zuständigen Stellen vor Ort. Die Umsetzung ist Landessache – die Verantwortung darf nicht, wie so oft in Hessen, auf andere Ebenen abgeschoben werden. Es braucht ein abgestimmtes und klares Konzept mit einem konkreten Fahrplan!

Das **AKTIONSPROGRAMM** des Bundes steht auf vier Säulen:



Bis zu den Sommerferien können wohl alle Schülerinnen und Schüler dank sinkender Corona-Inzidenzen wieder Schulluft schnuppern. Wie meinen: Es darf nicht nur darum gehen, eine halbes Jahr Distanzunterricht aufzuholen und mit wöchentlichen Klausuren Noten für die Zeugnisse zu finden. Es geht auch darum, wie ist der einzelne Schüler und die einzelne Schülerin mit der Situation klargekommen? Fördern statt Druck!

Problematisch erscheint und, dass die Landesregierung keinen Überblick darüber zu haben scheint, wie es den Kids geht: „Belastbare empirische Erkenntnisse zur physischen und psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in der Covid-19-Pandemie liegen der Landesregierung aktuell nicht vor“, heißt es in der Antwort auf den Berichtsantrag 20/4175.

## Der BildungsKICK

### Löwenstark oder Lammfromm?

Die Landesregierung hat mit „Löwenstark – der BildungsKICK“ ein eigenes Programm angekündigt. Wie so oft hat Schwarzgrün erst gezögert und will nun 60 Millionen Euro bereitstellen. Das entspricht etwa 80 Euro je Schüler. Das allein wird nicht reichen, höchstens für ein paar Alibi-Angebote. Was wir brauchen sind Weitblick und Verbindlichkeit durch Maßnahmen, die alle erreichen und nicht nur die, die ein Problembewusstsein haben oder einfach sehr bildungsaffin sind.

## BRENNGLAS CORONA

### Ungleichheit hat sich deutlich verschärft

Unsere Erwiderung auf die Regierungserklärung von Kultusminister Lorz:

Die Corona-Pandemie hat wie ein Brennglas gewirkt. Sie hat uns einerseits gezeigt, wie unterschiedlich die Lehr- und Lernbedingungen der Schülerinnen und Schüler sind, andererseits aber auch die seit Jahren vorhandenen Baustellen offengelegt.

Wir sagen: Es darf nicht weiter so sein, dass der Bildungserfolg davon abhängt, wo ein Kind zur Schule geht, ob es Eltern hat, die es unterstützen und die sich Laptops für ihre Kinder leisten können. Schönreden hilft auch wenig, wenn sich Probleme über Jahre anstauen und nicht angepackt werden. Wir stellen fest, dass sich die Bildungsungerechtigkeit durch die Corona-Pandemie weiter zugespitzt hat. Die Aufholprogramme sind wichtig und gut, die Bildungsbaustellen verschwinden dadurch aber nicht über Nacht.

**Hier** finden Sie unsere **Pressemitteilung** vom 15.06.2021.



Ob das neue Programm den erhofften „BildungsKICK“ bringt, den es verspricht, darf bezweifelt werden.

## SONDERSITZUNG

### zu Aufholpaketen

In der von uns beantragten Sondersitzung des Kulturpolitischen Ausschusses am 16. Juni haben wir den Kultusminister aufgefordert, uns eine Einschätzung und einen Ausblick darauf zu geben, wie die beiden Aufholprogramme von Bund und Land in Einklang gebracht und in Hessen umgesetzt werden sollen. Der Bund zahlt, aber die Länder müssen liefern. Es zeichnet sich ab, dass als ein zusätzlicher Baustein eine erhebliche Aufstockung der Schulbudgets der Schulen geplant ist.

**Hier** finden Sie unseren **Dringlichen Berichtsantrag**.

Auf Wunsch reichen wir das Protokoll der Ausschusssitzung gerne nach: Senden Sie einfach eine kurze **E-Mail**.

## SPD FORDERT FÖRDERPROGRAMM

Lernrückstände erfassen und angehen

Bereits in der Plenardebatte Ende April zu pandemiebedingten Lernrückständen haben wir die Landesregierung mit unserem **Dringlichen Antrag** „Psychische Belastungen von Schülerinnen und Schülern ernst nehmen“ aufgefordert, endlich zu handeln und ein Förderprogramm aufzulegen, das nicht nur Lerndefizite, sondern vor allem die psychische Gesundheit und das soziale Miteinander berücksichtigt. Es geht nicht nur um Kompensation, sondern auch um Prävention, um kleinere Klassen und den Verzicht auf Klassenzusammenlegungen.

Die Rede von Christoph Degen vom 29.04.2021 zum Thema finden Sie **hier**.

Lesen Sie dazu auch unsere **Pressemitteilung**.

Unser Dringlicher Antrag ist am 5. Mai 2021 im Kulturpolitischen Ausschuss von Schwarzgrün abgelehnt worden. Den öffentlichen Teil des Protokolls senden wir Ihnen gerne zu. Es genügt eine **E-Mail**.

## PSYCHISCHE BELASTUNGEN ERNST NEHMEN

Schulen brauchen mehr als Testkits

Wir haben monatelang für das Wechselmodell gekämpft, um Schülerinnen und Schülern mindestens einen Präsenztage in der Woche zu ermöglichen, damit sie Unterstützung erhalten, soziale Kontakte pflegen und nicht abtauchen. Das lehnte Schwarzgrün lange ab.

Wir hätten Ihnen gerne die Antwort auf unsere **Kleine Anfrage** „Abgetauchte Schülerinnen und Schüler in der Corona-Pandemie“ vom 1. März präsentiert, für die Mitte April die Frist ablief. Sie liegt leider noch nicht vor.



Nach Ergebnissen der Copsy-Studie (Corona und Psyche) zeigt fast jedes dritte Kind ein Jahr nach Beginn der Pandemie psychische Auffälligkeiten. Der Arbeitskreis hat sich im Vorfeld der Debatte mit der Hessischen Psychotherapeutenkammer und dem Verband der Schulpsychologinnen und Schulpsychologen ausgetauscht und über die Situation informiert. Fazit: Die Situation ist dramatisch, ein Anstieg von 60 Prozent bei den Beratungsterminen. Es braucht einen langen Atem, um die Folgen der Corona-Pandemie zu bewältigen. Notwendig sind pädagogische und soziale Aufbauprogramme, die langfristig auf mehrere Jahre angelegt und möglichst verbindlich sind.

Kinder und Jugendliche müssen psychisch gestärkt werden und ausgiebig Zeit für Spiel, Sport, Kultur und soziale Interaktion erhalten, um die lange Zeit eingeschränkter Kontakte auszugleichen. Darauf liegt auch ein Fokus beim Nachholprogramm des Bundes.

Unsere Pressemitteilung finden Sie **hier**.

## DIGITALISIERUNG –

## WO BLEIBT DER KICK?

Wo bleibt eigentlich die Videokonferenzlösung für das neue Schuljahr? Immer mehr Lehrkräfte verfügen über Leihgeräte und müssen nicht mehr ihre eigenen Computer und Handys nutzen.

Aber wie steht es um den IT-Support und die Wartung? Wie geht es nach den Ferien weiter, wenn möglicherweise kein Präsenzunterricht möglich und wieder auf Distanz beschult werden muss?

Hier droht ein Rollback, weil die Landesregierung den Schulen kein adäquates Videokonferenzsystem anbieten kann und die Duldung für die bewährten Plattformen auslaufen lässt.

Wir haben den Kultusminister aufgefordert, die Duldung zu verlängern und sich nicht hinter dem Datenschutzbeauftragten zu verstecken. Wir denken, es führt aktuell kein Weg an Teams & Co vorbei. Die derzeit genutzten Plattformen funktionieren einwandfrei, sind leicht zu bedienen und stellen sicher, dass Distanzunterricht überhaupt möglich wird. Bis ernstzunehmende Alternativen aus dem Hause Lorz kommen, müssen diese Dienste toleriert werden, findet unsere stellvertretende bildungspolitische Sprecherin Kerstin Geis.

**Hier** finden Sie unseren Dringlicher Berichts Antrag Nutzung von Videokonferenzsystemen und Online-Lernplattformen im Distanzunterricht ab dem Schuljahr 2021/2022.

Den öffentlichen Teil des Protokolls senden wir Ihnen gerne zu. Es genügt eine **E-Mail**.

## INFOBOX

Auch viele Verbände und BildungsexpertInnen treibt seit langem die Frage um, wie die Folgen der Corona-Pandemie am besten bewältigt werden können. Wie haben ein paar Links mit Forderungen und Empfehlungen zusammengestellt:

■ Der Elternbund Hessen schlägt in seinem **10-Punkte-Papier** u.a. vor, Kinder und Jugendliche, die auf Grund von Corona kein oder kein ausreichendes Bildungsangebot erhalten haben, unter einen besonderen „Bildungsschutzschirm“ zu nehmen.

■ Eine Kommission der FES hat in ihrer **Stellungnahme** „Lehren aus der Pandemie“ u.a. den Ausbau der Ganztagesangebote empfohlen.

■ Der Arbeitskreis der Schulleiter und Schulleiterinnen Hessischer Grundschulverband fordert in seinem Papier KOMPENSATION u.a. zusätzliche Stundenressourcen und die Verringerung des Klassenteilers auf höchstens 20 Kinder.

Unser nächster Newsletter  
erscheint Mitte Juli !

## Impressum :

SPD-Fraktion  
im Hessischen Landtag  
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden

## Redaktion:

Bastian Fleig, V.i.S.d.P.  
Christoph Gehring | Anja Kornau | Luka Kayser | Martina Häusl-David  
Abgeordnetenportraits: Angelika Aschenbach / SPD-Fraktion

Sie haben diesen Newsletter nur auf Umwegen erhalten  
und möchten ihn direkt beziehen?  
Schicken Sie uns einfach eine kurze **E-Mail**.